

Land der Problem-Brücken

Von E. Noldus.

Die Ausgangslage

Am 12. 12. 2018 erschien in der WAZ ein Artikel mit obigem Titel. Er handelt von den Folgen einer jahrelangen Vernachlässigung von Investitionen in die Infrastruktur. Die Dimensionen sind enorm. So gibt es 10.184 Brücken in NRW, die der Landesaufsicht unterstehen. Etwa 1.100 davon sind Bestandteil zentraler Verkehrsachsen. Dazu gehört beispielsweise auch die Rheinbrücke bei Leverkusen als Teil der Autobahn A 1. Die Brücke ist seit Jahren für den LKW-Verkehr gesperrt; eine Änderung des Zustandes ist nicht in Sicht.

Von den 1.100 Brücken sind nach Schätzungen etwa zwei Drittel kurz- bis mittelfristig sanierungsbedürftig, so die Leiterin von „Straßen NRW“, Elfriede Sauerwein-Braksiek. Zumindest die Finanzierung für die vielen Baumaßnahmen scheint gesichert zu sein. Die Landesregierung verfügte 2017 über 1,25 Milliarden Euro, 2018 über 1,36 Milliarden Euro an Mitteln aus dem Bundeshaushalt.

Auf Bundesebene sind laut Verkehrsministerium etwa 10.000 Brücken Bestandteil von Hauptverkehrsachsen, die erneuert werden müßten. Dafür werden bis 2022 jährlich Bundesmittel in steigendem Maße bis zu dann 950 Millionen Euro bereitgestellt.

Um die hier genannten Summen in das rechte Licht zu rücken, zitieren wir aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD aus dem Jahre 2018. Auf Seite 68 heißt es dort:

*„Wir stellen die weitere Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten (Integrationspauschale, Kosten der Unterkunft, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 mit **insgesamt weiteren acht Milliarden Euro** sicher und gestalten sie gemeinsam – wo erforderlich – effizienter neu aus.“*

Sicherung von Arbeitsplätzen – im Ausland!

Man könnte meinen, daß öffentliche Investitionen zu einer Belebung der Wirtschaft und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen würde. Tatsächlich werden Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen oder gesichert, aber in China.

Die erwähnte Leverkusener Brücke wird vom österreichischen Konzern Porr saniert. Etwa 32.000 Tonnen Stahl werden benötigt; davon kommen zwei Drittel aus China. Porr versichert, dieser Stahl werde alle erforderlichen Qualitätsstandards erfüllen. Nach einer Intervention des Düsseldorfer Vereins "Bauforumstahl" erklärte NRW-Verkehrsminister Hendrick Wüst (CDU) laut WAZ vom 8. 1. 2018, er sehe in einer globalisierten Welt keinen Spielraum: „Das Vergaberecht für öffentliche Bauaufträge richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen, die bundesweit und EU-weit gelten. Demnach gibt es keine Möglichkeit, die Auswahl der zu verwendenden Baumaterialien auf bestimmte Herkunftsländer zu beschränken.“ Die Landesregierung, so Wüst, werde „Protektionismus keinen Vorschub leisten“.

Auch bei der Sanierung der A 40-Brücke bei Neuenkamp, etwa 10 Kilometer von den Duisburger Thyssen-Krupp-Werken gelegen, werde „dem wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt, sofern alle Voraussetzungen erfüllt sind“.

4 Milliarden Euro – wir freuen uns!

Die SPD Oberhausen veröffentlichte am 7. 12. 2018 einen Bericht über einen Vortrag von Dirk Vöpel (der bei der Bundestagswahl 2017 das Direktmandat gewonnen hatte) über die Segnungen des Dritten Arbeitsmarktes. Da uns das Thema noch länger beschäftigen wird, bringen wir nur das Resümee des Berichtes:

„Insgesamt stellt der Bund für dieses arbeitsmarktpolitische Großprojekt in den kommenden Jahren **4 Milliarden** Euro zur Verfügung. Nach Ansicht von lokalen Arbeitsmarktexperten könnten allein im Bereich des Jobcenters Oberhausen mehrere hundert Stellen auf dem neuen sozialen Arbeitsmarkt entstehen. ‚Das ist ein großer und unbestreitbarer Erfolg für Langzeitarbeitslose, den es ohne die SPD in dieser Großen Koalition niemals gegeben hätte‘, bemerkt Vöpel.

‚Ich empfehle dem einen oder anderen Dauernörgler in der SPD den Rücken durchzubiegen und endlich mit dem angemessenen Selbstbewusstsein unsere politischen Erfolge offensiv zu vertreten.‘“

Passend dazu eine WAZ-Meldung vom 9. 11. 2018, wonach das Jobcenter Oberhausen im Rahmen des Programms „Sozialer Arbeitsmarkt“ 7,4 Millionen Euro **zusätzlich** erhält, damit an den staatlich finanzierten Arbeitsplätzen auch Tariflohn gezahlt werden kann, und nicht nur der gesetzliche Mindestlohn. Oberhausens SPD-Landtagsabgeordneter Stefan Zimkeit freut sich – **und wir freuen uns mit ihm!**

- Wir freuen uns darüber, daß mit deutschen Steuergeldern Aufträge an ausländische Unternehmen fließen, die dann den dortigen Arbeitsmarkt beleben.
- Wir freuen uns, daß Thyssen-Krupps Stahlsparte an ein indisches Unternehmen verkauft worden ist (boerse-am-sonntag.de 30. 6. 2018), weil dann endlich eine reelle Chance besteht, dauerhaft mit chinesischen Dumpinglöhnen zu konkurrieren.
- Wir freuen uns, daß (indirekte) deutsche Stahleinkäufe den Arbeitsmarkt und die Stahlindustrie in China beleben und gleichzeitig die Umweltbelastung in Deutschland verringert wird.
- Wir freuen uns, daß mit Steuergeldern Arbeitsplätze geschaffen werden (sollen!), die niemand braucht, die aber den Tariflohn bieten (Hinweis für Herrn Zimkeit: Schauen Sie sich einmal die „Tarife“ in der Zeitarbeit an!).
- Wir freuen uns für die alleinreisenden jungen Männer und unbegleiteten Minderjährigen, denen mit **zusätzlichen 8 Milliarden** Euro das Leben in Deutschland versüßt wird, und für ehemalige DDR-Bürger, die bei der Fahrt über Oberhausens marode Straßen längst verloren geglaubte Heimatgefühle genießen.

Das Europa der SPD

Am 9. 12. 2018 wurde Katarina Barley in Berlin zur Spitzenkandidatin der SPD für die nächste Europawahl gekürt (unser Bericht vom 10. 12. 2018). Wir bringen daraus noch einmal Auszüge, die sich mit ihrem „sozialen Europa“ beschäftigen, weil in der Konfrontation mit der Realität nichts davon übrig bleibt:

„Wir brauchen ein soziales Europa, weil Europa eben nicht nur für Unternehmen und für Kapitalfluß steht, sondern dafür steht, daß es Sicherheit gibt. Deswegen wollen wir zum Beispiel einen europäischen Mindestlohn oder eine europäische Arbeitslosenversicherung...

Es geht darum, daß ein soziales Europa eben nicht nur einzelne schützt, sondern ein soziales Europa schützt auch uns! Stellt Euch doch mal vor, es würde ein europäischer Mindestlohn festgelegt. Natürlich nicht absolut, sondern gemessen am Bruttoinlandsprodukt oder welcher Meßlatte auch immer...

Und dieser europäische Mindestlohn – wozu würde der denn führen? Fragt mal – beispielsweise Bauarbeiter in Hamburg oder sonst wo. Die wären froh, wenn es besser gelänge, den Dumping-Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt einzudämmen. Da sind wir schon sehr weit gekommen.

Als ich Arbeitsministerin geschäftsführend war, haben wir die Entsenderichtlinien verabschiedet, aber es ist noch ein riesiger Schritt weiter zu tun. Wir müssen dafür sorgen, daß faire Löhne überall in Europa gezahlt werden, weil das auch unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nützt, weil sie dann eben nicht mehr dem Dumping-Wettbewerb in der europäischen Konkurrenz ausgesetzt sind. Und auch das müssen wir schaffen!“

Daß der ruinöse Import von chinesischem Stahl EU-konform ist, ist kein Thema für sie. Schließlich lockt die europäische Arbeitslosenversicherung!